Verantwortliche Redakteure.
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: A. Roeckner,
für den übrigen redakt. Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen in **Posen** bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Hufl. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in **Gnesen** bei S. Chraplewski, in **Meseritz** bei Ph. Matthias, in **Wreschen** bei J. Jadesohn u. b. d. Inserat.-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank."

Nr. 54.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 22. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

Amtliches.

Berlin, 21. Januar. Der Stabsarzt a. D. Dr. Schubert zu Saarbrücken ist zum Kreis-Physikus des Kreises Saarbrücken und der praktische Arzt Dr. Beinhauer zu Höchst a. M. zum Kreis-Physikus des Kreises Höchst ernannt worden. Der bisherige Kreis-Wundarzt des Kreises Stuhm, Dr. Brinkmann in Christburg, ist zum Kreis-Physikus des Kreises Neutomischel, und der mit der kommissarischen Verwaltung der Kreis-Wundarztstelle des Kreises Grimmen beauftragte praktische Arzt Dr. Schroeder in Grimmen zum Kreis-Wundarzt dieses Kreises ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

48. Sitzung vom 21. Januar, 2 Uhr.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend eine **Postdampfschiffsverbindung mit Ostafrika.**

Der Entwurf wird ohne Debatte angenommen.

Die **Ergänzung des Etats,** betreffend den Umbau des Auswärtigen Amts, wird auf den Antrag des Abg. Dr. Windthorst an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Das Haus geht hierauf über zur **dritten Berathung des Etats.**

Zu demselben liegt ein **Antrag Baumbach-Richter,** betreffend **die Lage der Unterbeamten,** vor. Der Antrag verlangt die Einstellung einer Position von sechs Millionen Mark in den Etat des Reichsschatzamtes zur Gewährung einer einmaligen Zulage von 5 Prozent des Diensteinkommens für diejenigen etatsmäßig besoldeten und diätarisch beschäftigten Reichsbeamten, deren Dienstbezüge die Summe von 3150 Mark pro Jahr nicht übersteigen.

Von der Kommission ist bekanntlich eine Resolution beschlossen worden, die Regierung aufzufordern, im nächsten Etat eine Aufbesserung der Beamten vorzusehen.

Ein Antrag Lingens (C.) ersucht den Reichskanzler, auf eine weitere Förderung der Sonntagsruhe und Ermöglichung der Theilnahme am Gottesdienste für alle Reichsbeamte Bedacht zu nehmen.

Ein Antrag Puttkamer-Plauth (kons.) fordert Ablehnung der Etatsposition: 70 000 Mark zur Herstellung eines neuen Postdienstgebäudes in Marienburg und dafür die Annahme einer Resolution, welche die Regierung ersucht, im Interesse des Schloßbaues in Marienburg einen anderweiten Bauplatz als den geplanten in Aussicht zu nehmen.

Staatssekretär v. Boetticher: Die verbündeten Regierungen sind von jeher von dem Bestreben geleitet gewesen, diejenigen Stellen des Reichsdienstes aufzubessern, in denen die etatsmäßige Besoldung sich als unzureichend herausgestellt hat. Sind Anträge darüber nicht gestellt, so liegt das an der Solidarität der Regierungen mit den Beamten, und weil es mißlich ist, mit Vorschlägen hervorzutreten gegenüber andern dringenden Bedürfnissen, die Berücksichtigung erheischen. Der Regierung kann nichts erwünschter sein, als in diesem Bestreben durch ein Votum des Reichstages unterstützt zu werden. Den Vertretern der Bundesregierung ist vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß sie den Anregungen auf Erhöhung der Beamtengehälter kühl bis ans Herz hinan gegenübergestanden haben. Glauben Sie nicht, daß unser Herz nicht dabei betheiligt gewesen war. Im Gegentheil, ginge es nach unserem Wunsch, wir würden im Wettlauf auf diesem Gebiet nicht zurückgeblieben sein. Aber die verfassungsrechtliche Stellung der Bundesrathsmitglieder gestattet ihnen nicht, eine bindende Erklärung abzugeben, ohne daß eine Entscheidung der Regierungen getroffen ist. Heute bin ich in der Lage, wenn ich auch von einem Beschluß des Bundesrathes nicht sprechen kann, doch erklären zu können, daß es außer Zweifel steht, daß die verbündeten Regierungen bereit sein werden, innerhalb der Grenzen, in welchen das Bedürfniß zur Gehaltserhöhung sich herausstellt, und innerhalb der finanziellen Möglichkeit selbständig mit Gehaltsanträgen vorzugehen. (Beifall.) In dieser Richtung bewegt sich auch der Beschluß der Kommission, und ich zweifle nicht, daß dieser Resolution seitens der Regierungen Folge gegeben werden wird. Ich bin heute schon im Besitz von vorläufigen Erklärungen so vieler Regierungen, daß eine Mehrheit für die Vorlegung eines Nachtragsetats für 1890/91 im Bundesrath gesichert erscheint. (Beifall.) Darnach kann ich aber den Antrag Baumbach nicht zur Berücksichtigung empfehlen, so wohlgemeint er auch ist. Die definitiven Bestimmungen über das Maß der Besoldungserhöhungen sind auch heute noch gar nicht ausreichend vorbereitet. Aus den Verhandlungen im Reichstag und in der Kommission habe ich die Ueberzeugung geschöpft, daß der Reichstag pari passu mit Preußen gehen will. Sie thun wohl, die Verbindung mit den preußischen Absichten zu suchen. Den Beamten geschieht dadurch keinerlei Schaden; denn wenn der Reichstag auch nicht gleich nach den Wahlen, sondern erst im Herbst einberufen werden sollte, so würde nichts im Wege stehen, auch dann noch einen Nachtragsetat vorzulegen, durch welchen den Beamten die betreffenden Summen auf einmal nachbezahlt werden können. Also verloren ist nichts, im Gegentheil sehr viel gewonnen, wenn der Reichstag sich nicht dem Antrag Baumbach, sondern dem Beschluß der Budgetkommission anschließt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (dfr.): Diese Erklärung lautet wesentlich anders, als wie wir sie bisher vernommen haben. Formell ist ja richtig, daß der Bundesrath eine Erklärung nicht abgeben kann, ohne einen bestimmten Beschluß der Regierung. Aber das Vorgehen des Herrn Ministers zeigt, daß eine solche Erklärung, welche Einfluß auf einen Beschluß des Reichstags hat, doch wohl möglich ist. Gewiß hat unser Antrag technische Mängel, weil wir derartige Gehaltserhöhungen nicht so vorbereiten können, wie die Regierung. Wir bedauern, daß die verbündeten Regierungen sich nicht von Anfang an mit der preußischen Regierung in Verbindung gesetzt und Fühlung behalten haben. Wie in Preußen beim Eisenbahn-Etat, wäre es im Reich beim Post-Etat möglich gewesen, Gehaltsaufbesserungen zu veranlassen. Jetzt geht das Reich nicht pari passu mit Preußen, sondern im Schlepptau der Regierung in Preußen. — Ein Nachtragsetat 1890/91 wird den Beamten nur dann nützlich sein, wenn der neue Reichstag bereits im März zusammenberufen wird. Die Erklärung des Ministers läßt aber eine Berufung im März zweifelhaft erscheinen. Zwar sagt er, auch im Herbst könnten im Wege eines Nachtragsetats den einzelnen Beamten die Antheile nachgezahlt werden. Das erkenne ich an, aber es macht für die Beamten-Familien einen Unterschied, wenn solche Zulagen gezahlt werden. Die Ausgaben beginnen zumeist am Anfang des Etatsjahres, und Zulagen, die erst im Herbst zahlbar werden, üben nicht die wohlthätige Wirkung, als wenn sie monatlich erfolgen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird hierauf mit der Generaldiskussion die Berathung über die vorliegenden Anträge verbunden.

Schatzsekretär Freiherr v. Maltzahn-Gülz: Es ist allerdings richtig, daß von Seiten Preußens die Frage einer allgemeinen dauernden Aufbesserung der Beamtengehälter für 1890/91 früher in Betracht gezogen ist, als vom Reich. Die Behauptung aber, daß der preußische Eisenbahnetat 7—7½ Millionen Mark für diese Aufbesserung vorsah, ist irrthümlich. In Wirklichkeit handelt es sich nur um 1 570 000 Mk. Demgegenüber enthält der Reichshaushaltsetat allein im Gebiet der Reichspostverwaltung für effektive Besoldungsaufbesserungen 485 500 Mark. Außerdem sind in Titel 25 achthundert neue Stellen für Post-Unterbeamte vorgesehen, die mit 1050 Mark dotirt sind, während das Anfangsgehalt nur 800 Mark beträgt, so daß auch hier der Verwaltung 2 Millionen Mark für Aufbessernng der Beamtengehälter zur Verfügung stehen. Sie werden nicht lange auf Aufbesserung der Beamtengehälter zu warten haben. Ich hoffe nach Uebereinstimmung der Parteien auf eine spätere Bewilligung unserer Forderungen auch in dieser Beziehung.

Abg. Freiherr v. Ow (Ztr.): Nach den gehörten Erklärungen des Herrn Ministers ist der Zweck meines Antrags erreicht, und ich ziehe den gegenstandslos gewordenen Antrag daher zurück.

Abg. v. Bennigsen: Durch die bestimmten Erklärungen des Ministers ist die materielle Lage der Beamten gesichert, und unter diesen Verhältnissen ist es angebracht, abzusehen von Anträgen, die eine sofortige Erhöhung der gegenwärtigen Etatssumme beanspruchen. Es ist bedenklich, daß der Reichstag die Initiative zur Vermehrung der Ausgaben ergreift. Nur in Nothfällen kann man das entschuldigen, wenn die Ausgaben dringlich sind und die Regierung nicht vorgehen will. Das ist hier nicht der Fall, und ich hoffe daher, daß die Herren ihre Anträge zurückziehen.

Abg. Kalle zieht seinen früheren Antrag mit Rücksicht auf die Erklärung des Staatssekretärs zurück.

Abg. Richter: Mir ist das preußische Ministerium bis in die letzte Zeit genau ebenso kühl vorgekommen wie die Reichsregierung; doch bleibt die Thatsache richtig, daß vom Ressort des preußischen Eisenbahnministeriums den Unterbeamten eine größere Forderung zu theil geworden ist als im analogen Postetat des Reichs. Es sind 7 Millionen angesetzt worden, und selbst nach Abzug der erhöhten Löhne für Tagearbeiter bleiben noch 5 Millionen Das beweist zugleich, daß damals wenigstens, als diese Summen eingestellt wurden, an eine allgemeine Aufbesserung der Unterbeamten in Preußen so wenig gedacht wurde, wie im Reich.

Nach den jetzigen Erklärungen bleibt mir nichts anderes übrig als unsere Anträge zurückzuziehen, in der Hoffnung, daß die Resolution des Reichstages in der Weise ausgeführt wird, wie wir die Aufbesserung wünschen.

Abg. Dr. Windthorst spricht seine Befriedigung über die Erklärung des Staatssekretärs aus.

Abg. Singer: Ich hoffe, daß die feierliche Erklärung des Staatssekretärs nicht dasselbe Schicksal erleidet, wie eine ebenso feierliche von höherer Stelle gegebene Mittheilung, nämlich die Zusage einer Reform der Einkommensteuer in Preußen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der hierauf folgenden Spezialdiskussion wird beim Etat des Reichskanzlers der Antrag Lingens, betreffend die Sonntagsruhe der Beamten ohne Debatte angenommen.

Bei der Berathung des Militäretats fragt

Abg. Dr. Baumbach (dfr.) an, wie weit die Angelegenheit, betreffend die Entschädigung der Angehörigen von zur Uebung eingezogenen Reservisten und Landwehrleuten, gediehen sei.

Kriegsminister Verdy du Vernois erwidert, daß die Angelegenheit zwar noch nicht zum Abschluß gelangt sei, aber beschleunigt werden solle.

Demnächst bittet

Abg. Dr. Haarmann (nl.), da sein Antrag betreffend die freien Eisenbahnfahrten der Urlauber wohl nicht mehr zur Abstimmung kommen werde, den Kriegsminister, Erhebungen über die bei Annahme dieses Antrags nothwendig werdenden Kosten anzustellen.

Beim Marine-Etat wurde entsprechend einem Antrag Baumbach bei den einmaligen Ausgaben beim Titel: „Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat" ein Betrag von 2 800 000 Mark abgesetzt und in Verfolg davon die Matrikularbeiträge in den Einnahmen um diese Summe erhöht, die Anleihe ermäßigt.

Beim Etat der Postverwaltung bemerkt

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Als bei der zweiten Berathung der Abgeordnete Richter den Fall vorbrachte, in welchem ein Spediteur bestraft war, weil er Zeitungen nach Köpenick selbst überbrachte, sprach der Abgeordnete Schmidt-Elberfeld seine Verwunderung darüber aus, daß die Postverwaltung gegenüber der „Kölnischen Zeitung", die ebenso verfahre, nicht in gleicher Weise eingeschritten sei. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß das Verfahren der „Kölnischen Zeitung" vollständig auf dem Boden des Gesetzes steht, da diese Zeitung ihre eigenen Expreßboten hat. Wäre das nicht der Fall, so wäre die Postverwaltung ebenso eingeschritten. Ich weise also den von Herrn Schmidt erhobenen Vorwurf zurück.

Abg. Richter: Herrn Schmidt hat es fern gelegen, den Vorwurf zu erheben, als ob die Postverwaltung parteiisch gegen die „Köln. Zeitung" verfahre. Gerade das Beispiel der „Köln. Ztg." beweist, wie ungerecht das Gesetz für die kleinen Leute ist. In Berlin ist die Spedition der Zeitungen getrennt von der Expedition. Am Rhein besorgen das die Zeitungen selbst. Hier wird der kleine Mann bestraft, der selbst Morgens in die Umgegend fährt und dort die Zeitungen an seine Abonnenten absetzt. Fährt der Unternehmer aber nicht selbst persönlich hinüber, sondern hält sich einen Boten, weil er die Mittel dazu hat, dann geht er straffrei aus. Der Gesetzgeber hat nicht daran gedacht, daß jemand selbst sein Expreßbote sein kann. Die kleinen Leute sind in Unrecht gestellt; es ist an der Zeit, derartige Bestimmungen des Postregals aufzuheben.

Zur Position „Frankfurter Postgebäude" liegen gleichlautende Anträge Dr. Baumbach-Richter (dfr.) und v. Hatzfeld-Bennigsen-Kardorff vor: Zur Vergrößerung der Postgrundstücke dritte Rate 231 500 Mk., sowie zur Einebnung des Bauplatzes und von Hintergebäuden 150 000 Mk. vorbehaltlich der Feststellung des endgiltigen Bauplanes und der Festsetzung der Gesammtbausumme zu bewilligen.

Staatssekretär v. Stephan: Ich begrüße die Anträge, deren Annahme ich nur empfehlen kann, nicht blos im dienstlichen Interesse, sondern auch im allgemeinen Verkehrsinteresse. Der Kaiser hat gern auf das Absteigequartier verzichtet, um der Mainmetropole diese Verkehrserleichterung zuzuwenden.

Abg. Dr. Baumbach (dfr.): Wir sind von vornherein für die Position gewesen, soweit es sich allein um die postalische Einrichtung handelte, da wir die Nothwendigkeit einer beschleunigten Bauausführung anerkannten. In Konsequenz davon haben wir nach dem Fallenlassen der Forderung für das kaiserliche Absteigequartier unseren Antrag eingebracht.

Abg. Fürst Hatzfeld betont gleichfalls kurz die Nothwendigkeit des baldigen Postbaues.

Hierauf werden die Anträge angenommen.

Der Antrag Puttkamer, den Betrag für das Postgebäude in Marienburg abzusetzen, wird vom Abg. Graf Dohna (kons.) als Mitantragsteller damit begründet, daß durch den Bau auf dem vorgeschlagenen Platze die Aussicht der Marienburg geschädigt werde.

Staatssekretär v. Stephan erklärt trotz des dringenden Bedürfnisses des Postbaus sein Einverständniß mit dem Antrag unter dem Vorbehalt, daß der Postverwaltung ein gleich guter Bauplatz überwiesen wird, und daß dies noch in diesem Jahre geschieht. Der offerirte Platz genüge nicht.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (kons.) bestreitet letzteres und bedauert den Vorbehalt.

Abg. Rickert befürwortet den Antrag. Die Platzfrage könne im nächsten Reichstag entschieden werden.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Ein Antrag Günther (nl.) auf Wiederherstellung der in zweiter Lesung gestrichenen Position für ein Postgebäude in Zeitz wird nach einer Befürwortung durch Staatssekretär v. Stephan und Abg. Dr. Baumbach angenommen.

Nach unerheblicher weiterer Debatte vertagt sich das Haus nach Erledigung sämmtlicher Etats bis auf die „Matrikularbeiträge" auf Mittwoch 2 Uhr. (Zweite Lesung des Nachtragsetats, Sozialistengesetz.)

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 21. Januar, 11 Uhr.

Eingegangen ist der Antrag Brömel auf Ermäßigung der Personal-, Gepäck- und Gütertarife.

Präsident v. Köller theilt mit, daß der Kaiser das Präsidium zur Entgegennahme der Beileidsbezeugungen des Hauses aus Anlaß des Todes der Kaiserin Augusta in Audienz empfangen habe und dem Hause seinen herzlichen Dank aussprechen lasse.

Abg. Frhr. v. Heereman hat schriftlich die Annahme der Wahl zum ersten Vizepräsidenten erklärt.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist: Erste Berathung des Etats.

Abg. Frhr. v. Huene (Zentr.): Der Etat an und für sich bietet kaum Gelegenheit, in einer Generaldiskussion eingehend behandelt zu werden. Die Spezialberathung wird die einzelnen Zahlen in ihrer wirthschaftlichen Bedeutung zu prüfen haben. Allseitig wird wohl begrüßt werden die Fürsorge für den gewerblichen Unterricht und die Regelung der Verhältnisse der Kataster-Kontrolleure. Zu erwägen aber wird sein, ob nicht die von ihnen erworbenen Gelder ihnen mehr als bisher zur Verbesserung ihres Einkommens zufließen sollen.

Wir stehen in einer günstigen Finanzlage und sind glücklich aus der Defizitwirthschaft herausgekommen in die Reservoirwirthschaft. Trotzdem ist größte Vorsicht geboten. Man sollte von der bisherigen vorsichtigen Veranschlagungsweise der Einnahmen unter keinen Umständen abgehen. Wir lassen es beim Alten, und es ist besser, wir haben am Ende des Jahres einen Ueberschuß, als ein Defizit. (Zustimmung im Zentrum. Zuruf des Abg. v. Meyer-Arnswalde: lex Huene! Heiterkeit.)

Von besonderer Wesentlichkeit ist unser Verhältniß zum Reiche. Das Reich hat sehr große Fortschritte im Schuldenmachen gethan — es hat für sein junges Alter recht viele Schulden. Deshalb ist dort das Bestreben einer Amortisation durch laufende Einnahmen durchaus zu billigen. Das wird aber im Landeshaushalt in der Vermehrung der Matrikularbeiträge zum Ausdruck kommen, da das Reich kein Defizit machen darf. Auch wird die Fürsorge für die Arbeiter durch das Invalidengesetz weitere Ausgaben der Einzelstaaten erfordern. Auch darum also ist Vorsicht von Nöthen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Einnahmen aus der Branntweinsteuer im Reiche haben einen Ausfall ergeben. Wäre der Rückgang im Konsum die alleinige Ursache davon, dann hätten wir Alle nichts dagegen einzuwenden. Aber der Hauptgrund liegt in der fehlerhaften Veranlagung. Wird erreicht, daß nur der im Inlande produzirte Branntwein konsumirt wird, dann werden wir zu gesunden Ver-

hältnissen kommen, und auch die Landwirthschaft, welche von dem angeblichen Geschenk von 40 Millionen nur ein Minus erhalten hat (sehr wahr! rechts), wird dann von der Steuer mehr Vortheil haben.

Die Aufhebung der Getreidezölle würde ich für keine Verbesserung halten. (Sehr wahr! rechts.) Bei den schlechten vorjährigen und diesjährigen Ernten wäre das der Todesstoß für eines der wichtigsten Erwerbszweige. Namentlich der kleine Landwirth im Osten ist jetzt wegen der schlechten Ernte schon gezwungen, seinen Viehstand aufs Aeußerste zu reduziren. Ihm gegenüber von Aufhebung der Getreidezölle zu sprechen, kann nur aus großer Unkenntniß der Verhältnisse geschehen. (Beifall rechts.)

Die lex Huene hatte ihren Grund darin, daß man für die nothwendige Erhöhung der Zölle im Reich einen Ausgleich für die Kreise schaffen wollte. Ich freue mich, dies erreicht zu haben. Ich glaube auch nicht, daß die Herren, welche die Aufhebung des lex befürworten, viel Zustimmung in den Kreisen finden würden. (Sehr richtig! rechts.) Von Anfang an aber habe ich betont, daß dies Gesetz einen unvollkommenen Zustand schafft und daß ich mich über ein Zustandebringen eines organischen Gesetzes freuen würde. Nun spielt die lex Huene in der Thronrede eine gewisse Rolle. Es heißt, daß die Aufnahme meines vorjährigen Antrages auf Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer Ursache für ein verspätetes Einbringen der Steuerreform sei. Ich kann darum von einem neuen Antrag abgehen und das Vorgehen der Regierung erwarten. Die Grund- und Gebäudesteuer ist die ungerechteste Steuer der Welt, und ihre Reform muß unbedingt in einer generellen Steuerform eintreten. (Zustimmung rechts.) Die Zuschläge aus der Grund- und Gebäudesteuer müssen aufgehoben werden, aber für den Ausfall muß eine bessere, gerechte Steuer eintreten. Ich freue mich deshalb, daß die in Aussicht stehende Vorlage alle diese Dinge berücksichtigen will. Steuerreformen kann man nur dann machen, wenn man Geld hat, deshalb ist die gegenwärtige Finanzlage dazu besonders geeignet. Steuerreform darf aber nicht Steuervermehrung sein. (Zustimmung.)

Die Erhöhung der Beamtenbezüge, die im Etat vorgesehen ist, entspricht einer alten Forderung des Hauses. Meine Freunde stehen der Vorlage sympathisch gegenüber, aber die Initiative im Einzelnen muß der Regierung verbleiben. (Zustimmung.) Eigenthümlich ist die Situation aber immerhin. Eigentlich hätte das Reich vorgehen sollen. Erst die preußische Thronrede aber hat bestimmte Vorschläge im Reichstage zur Folge gehabt. Wir müssen die Sache sehr eingehend behandeln. Aber zugleich mit der Verbesserung der Beamtengehälter muß auch bald die Steuerreform vorgelegt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freik.): Die gegenwärtige Finanzlage ist charakteristisch wegen der steigenden Ueberschüsse und der dadurch ermöglichten Bildung von Reservefonds zur Schuldentilgung und Gehaltsverbesserung. Neben dieser glänzenden Gegenwart aber darf die Zukunft nicht vergessen werden. Die zur Finanzlage beitragenden Faktoren müssen auf ihre dauernde Ertragsfähigkeit genau geprüft werden. Der Hauptfaktor liegt in den Einrichtungen des Verkehrswesens. Wird die Entwickelung des Verkehrs und der wirthschaftlichen Bewegung anhalten? Schon jetzt bleibt die Montanindustrie hinter der allgemeinen Entwickelung zurück. Die Landwirthschaft hat an der günstigen Lage überhaupt keinen Antheil. Die größeren wie die kleineren Landwirthe stehen schlecht da. Es wäre ein Verbrechen, dem leidenden Osten auch noch die Arbeiter zu entziehen und ihren Fortzug nach dem besser situirten Westen zu begünstigen.

Unsere Produktion wird wohl auch im nächsten Jahre durch die Arbeiterbewegungen schwere Störungen erleiden. Mit einer dauernden Steigerung der Einnahmen aus dem Verkehr werden wir also nicht rechnen können. Vor allem aber muß unser Verhältniß zum Reich stets in Rechnung gezogen werden. Aus der Branntweinsteuer hoffe ich allerdings auf etwas höhere Beträge, weil ich glaube, daß der Konsum etwas steigen wird, aber die Invalidenversicherung wird bald große Ausgaben für das Reich erfordern, welche dann auf die Einzelstaaten fallen, und auch die Kriegsanleihen, die Gehaltsverbesserungen u. s. w. werden gleichfalls seitens des Reichs immer höhere Anforderungen an die Einzelstaaten zur Folge haben. Einen Ausgleich wird das Reich bieten können in der stärkeren Heranziehung der Börsengeschäfte in der Stempelsteuer. Die bisherige Entwickelung zeigt, daß die Börsensteuer ohne Bedrückung der produktiven Bevölkerung angezogen werden kann.

Im Interesse der Staatsfinanzen werden alle Anregungen auf allgemeine Herabsetzung der Eisenbahntarife bei dem ohnehin schon sehr starken Verkehr zurückzuweisen sein. Eine Herabsetzung einzelner Tarife zu Gunsten zurückgebliebener Erwerbszweige wie der Landwirthschaft kann damit sehr wohl eintreten.

Die direkten Steuern bedürfen einer Reform. Das Handwerk, das ohnehin unter der Konkurrenz der Großindustrie leidet, muß bei der Gewerbesteuer entlastet, die Grund- und Gebäudesteuer den Kommunalverbänden überwiesen und die Einkommensteuerreform damit verbunden werden. Ueberhaupt wird eine Erleichterung der kommunalen Besteuerung in Fortfall einiger Stufen der Klassensteuer vorzuziehen sein. Die lex Huene bedarf einer baldigen organischen Gestaltung. Dazu gehören aber weite Vorbereitungen, und ich fürchte, daß darüber noch einige Zeit hingehen wird. Man sollte zunächst eine Vorlage bezüglich der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände machen und die organische Einreihung und die übrige Steuerreform einer künftigen Session überlassen werden. Nach der Belastung der unteren Klassen im Reich sollten sobald als möglich die besser gestellten Klassen zur Leistung desjenigen herangezogen werden, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind.

Den Grundsätzen der preußischen Finanzverwaltung bei der Verwaltung der 4 proz. Eisenbahnprioritäten in 3½ proz. Konsols zolle ich meine volle Anerkennung. Die Umwandlung ist geschehen ohne Störung des Erwerbslebens. Ich rathe aber zur Zeit davon ab, weitere Konvertirungen 4 proz. Staatspapiere vorzunehmen, um das Publikum nicht zu unsoliden Finanzoperationen zu verleiten. Ich erkenne weiter die Sparsamkeit in der Finanzverwaltung an, empfehle aber, im Einklang mit der Regierung, Ausgaben für Kunst, Erziehung und Verkehr, die nicht Luxus-, sondern produktive Ausgaben sind. Dazu gehören auch die Mehrausgaben für die Beamten, denen wir sehr bald eine standesgemäße Erhöhung ihrer Bezüge gesichert wünschen. (Beifall.) Die Lebensmitteltheuerung leugne ich, aber eine Erhöhung der Lebenshaltung im Allgemeinen macht Aufbesserungen nothwendig. Halten wir fest an den bewährten Grundsätzen altpreußischer Sparsamkeit! Sparsam heute ist gut für morgen! (Beifall rechts.)

Abg. Rickert (dfr.): Es ist etwas mißlich, in dem jetzigen Augenblick in eine gründliche Berathung des Etats einzutreten, weil im Reichstage wichtige Verhandlungen schweben und die Wahlvorbereitungen uns viel zu thun geben. Ich möchte den Präsidenten mit Rücksicht auf die Reichstagsverhandlungen — morgen oder demnächst wird das wichtige Sozialistengesetz auf der Tagesordnung stehen — bitten, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses so anzuberaumen, daß sie mit den Verhandlungen des Reichstages möglichst wenig zusammenfallen. (Zustimmung.)

Ich möchte hier gleich Bedenken äußern gegen die beabsichtigte Verweisung des Eisenbahnetats an eine besondere Kommission. Wozu eine solche Kommission, die aus lauter Eisenbahnfachmännern zusammengesetzt ist? Ich theile die Befriedigung über die Finanzlage. Ich frage nur, warum der Herr Finanzminister immer ängstlicher wird, je größer seine Ueberschüsse werden. Die Tonart bin ich von ihm gar nicht gewöhnt, sie war so melancholisch und tragisch, daß man an den Schillerschen Vers erinnert wird: „Wer besitzt, der lerne verlieren, wer im Glück ist, lerne den Schmerz". (Heiterkeit.) Sie haben allerdings Veranlassung, diese Vorsicht in den Vordergrund zu stellen, denn angesichts der großen Ueberschüsse ist es schwer, den Leuten klar zu machen, daß es 1887 nothwendig war, diese kolossale Summe von Steuern neu zu bewilligen, ohne daß ein solches Bedürfniß geltend gemacht war. Eigenthümlich war auch der fortwährende Hinweis auf den Reichstag. Wir haben hier doch nichts mit dem Reich zu thun. Und welcher Gegensatz in den Anforderungen für das Reich und für Preußen! Im Reich verlangen die Herren steigende Ausgabevermehrung, in Preußen absolute Sparsamkeit, keine Tarifermäßigung. Solch ein Finanzminister kann Jeder sein: Ausgabevermehrungen, Steuervermehrungen, keine Erleichterungen! (Abg. v. Zedlitz: Das ist ja gar nicht wahr!) Will Herr v. Zedlitz seine eben gehörte Rede jetzt abstreiten? Das wäre ein ganz bedenkliches Symptom. (Heiterkeit links.) Hat er nicht von einer stärkeren Heranziehung der Börse gesprochen? Hat er sich nicht verwahrt gegen die Herabsetzung der Eisenbahntarife? Hat er nicht von neuen Bewilligungen für die Ausgaben des Reiches gesprochen? Das ist ja das Unglück, daß im Reich so viel Mittel bewilligt sind, wo das Bedürfniß noch gar nicht vorhanden war, und jetzt schreien die Herren hier wieder nach Ausgabevermehrungen! (Lachen rechts.) Ich empfehle, die Grundsätze der altpreußischen Sparsamkeit auf das Reich zu übertragen. Alles, was in die Kategorie des Luxus gehört, muß abgelehnt werden.

Die beiden Herren Vorredner wollen Diejenigen zu Verbrechern stempeln, welche die Getreidezölle anfechten. Seien Sie doch nicht so heftig! (Heiterkeit.) Wir werden nicht aufhören, dem Volk die Wirkungen der neuen Wirthschaftspolitik zu zeigen. Aber einseitig will Niemand die Getreidezölle aufheben. (Hört! hört! rechts.) Der Getreide-Zolltarif kann nur im Zusammenhang mit einer Revision der gesammten Schutzzölle revidirt werden.

Ich habe mich gefreut, daß der Minister diesmal so sanft war und nicht eine einzige Spitze gegen die freisinnige Partei gerichtet hat. Aus diesem sanften Auftreten hat man in gewissen Blättern allerlei Konsequenzen ziehen wollen. Ich halte das für nutzlos und tüftele nicht darüber, wie das Schicksal des Finanzministers sein wird. Wir haben kein besonderes Interesse an dem Abgang dieses oder jenes Ministers — es bleibt ja doch Alles beim Alten, die Entscheidung über Alles wird doch in Friedrichsruh getroffen, aber wir bedauern, daß dadurch die Verhandlungen zwischen den einzelnen Ministern schwerfällig werden. Wir haben nichts dagegen, daß der verdiente Staatsmann diejenige Ruhe genießt, welche ihm zu Theil wird. Daß das aber eine Kalamität für die Reichs- und preußische Politik ist, werden auch die Minister nicht in Abrede stellen. Es ergeben sich daraus Reibungen und Verschleppungen, die vermieden werden könnten, und es fragt sich, ob das gegenwärtige Verhältniß auf die Dauer haltbar sein wird.

Der Minister freut sich über seine Ueberschüsse, aber wer weiß, ob nicht im nächsten Jahr das ganze Gebäude über den Haufen geworfen wird und durch ungünstige Konjunkturen im Eisenbahn-Etat. Aus dem Grunde waren wir von Anfang an Gegner der Eisenbahnverstaatlichung. Dazu kommt die Verquickung der preußischen Finanzverhältnisse mit dem Reich. Diese ganze Finanzgebahrung ist geradezu gefährlich. Wir sind keinen Augenblick sicher, daß die allerbedenklichsten Schwankungen einmal in großen Betriebs-Verwaltungen eintreten und auf den ganzen Etat äußerst ungünstig einwirken.

Da wir aber nun einmal auf dem Boden dieser Finanzpolitik stehen, sind mir 80 Millionen Ueberfluß immer etwas Angenehmes. Der Finanzminister braucht in Wirklichkeit nicht so schwarz zu sehen. Eine Reihe von Reformen harrt seit Jahren der Erfüllung. Wenn solche Zeiten, wie diese, nicht die Zeit der Erfüllung sein sollen, welche denn sollen es sein? Wir scheinen keine andere Aufgabe zu haben, als fortwährend neue Steuern zu bewilligen, und doch sollte eine Hauptaufgabe einer rationellen Finanzpolitik sein, vermehrte Einnahmen zu schaffen durch Steuerreformen, die nach der einen Seite eine Ermäßigung, nach der anderen freilich auch eine Erhöhung bringen. Daß mit der Branntweinsteuer, den hohen Zöllen, der neuen Zuckersteuer 1887 mehr bewilligt worden ist, als die Ausgaben im Reiche und Preußen erfordern, muß auch dem blödesten Auge klar werden. Und das haben wir immer behauptet. Und wenn eine Majorität so handelt, wie es geschehen ist, daß man Hunderte von Millionen bewilligt, ohne dem gegenüber Ausgaben zu haben, so muß man zu einer Verschwendung auf dem Gebiete der Ausgaben gelangen. Zuerst müßte man die Ausgaben feststellen und dann erst die Einnahmen. Schon vor Jahren hat Finanzminister v. Scholz erklärt, die neuen Steuern wären nöthig zur Erhöhung von Beamtengehältern. Nun sind 200 Millionen bewilligt worden. Der Finanzminister hat ferner den Hoffnungsstern leuchten lassen, daß die Branntweinsteuer größere Mehreinnahmen bringen wird. Das zeigt doch, daß die Hoffnungen, die man in moralischer Beziehung sich von dem Branntweinsteuergesetz versprochen hat, nämlich daß der Branntweinkonsum ein niedriger werden würde, doch nicht in Erfüllung gegangen sind. Und aus der Branntweinsteuer sollten doch die Ausgaben des Reichs für die Alters- und Invaliditätsversicherung gedeckt werden, so daß eigentlich erhöhte Anforderungen des Reichs an Preußen nicht stattfinden dürften. Trotzdem will man neue Steuern, und alle Steuerbewilligungen, die angeblich zur Durchführung von Steuerreformen gemacht worden sind, sollen in Anspruch genommen sein durch eine Erhöhung der Ausgaben des Reichs.

Die lex Huene hat zweifellos zu einer Verzettelung der Gelder in den Kreisen geführt. Einzelne Kreise mögen ja rationell wirthschaften; aber es ist doch ganz ungerechtfertigt, Getreidezölle zu erheben, um sie dem Kreise zu geben, und was für eine Wirthschaft wird entstehen, wenn die Kreise stets wechselnde Summen erhalten? Diese lex Huene muß so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden. Bedenklich ist auch die fortgesetzte Steigerung der direkten Steuern, in den letzten Jahren um 20 Millionen, besonders der Klassensteuer, nachdem von einer Kontingentirung abgesehen worden ist.

Ueber unser Verhältniß zum Reiche erklärte der Finanzminister noch im Vorjahre im Herrenhause, das Verhältniß müsse ein konstantes bleiben; neue Bedürfnisse des Reiches seien durch eigene Einnahmen zu decken. In diesem Jahre aber hat der Finanzminister bereits eine Verschlechterung des Verhältnisses konstatirt. Wie will man dies Verhältniß auch konstant erhalten, wenn die Ausgaben im Reich vermehrt werden, wenn die Bewilligungen für Marine und Kolonialpolitik in dem bisherigen Maßstab wachsen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß in einer auf Grund des allgemeinen geheimen direkten Wahlrechts gewählten Körperschaft die Ausgaben beschlossen werden, daß aber über die Verwendung eine Körperschaft bestimmt, welche auf Grund eines ganz anderen Wahlgesetzes gewählt ist. (Sehr richtig! links.) Reform sollten wir vor allen Dingen in der preußischen Gesetzgebung durchführen. Warum kommt denn die Reform der Gewerbesteuer nicht, die nach unten so außerordentlich dringlich ist? Wie steht es mit der Einkommensteuer? In feierlicher Weise wurde in der vorigen Session in der Thronrede die Reformvorlage angekündigt. Der Landtag wurde deshalb länger zusammengehalten, und doch kam die Vorlage nicht. Hat dieses Verfahren dem Lande kein Geld gekostet? Im Reichstag hat der Herr Minister v. Boetticher die sichere Erwartung gehegt, daß die Steuerreform die erste Vorlage der nächsten Session sein werde. (Hört! hört! links.) Wo ist sie denn geblieben? Diese Mehrheit hätte doch eine bessere Behandlung verdient. (Große Heiterkeit.) Ich meine, wie Herr v. Zedlitz, daß diese Steuerreform vorbereiten heißt, uns Jahre lang darauf warten lassen. Ich frage den Herrn Finanzminister, ob diese Reform als eine mechanische oder organische gedacht ist. Nach meiner Meinung ist sie nicht möglich, ohne daß man die Landgemeindeverhältnisse gründlich reformirt. Ist das die Absicht der Regierung? Hat der Minister von seinen Behörden bereits genügendes Material erhalten, um eine vernünftige Ordnung der Kommunalsteuerverhältnisse vorschlagen zu können? Wollen Sie denn überhaupt auch eine Verbindung der Reform der Einkommensteuerverhältnisse mit den Landgemeindeverhältnissen? Die drei Punkte: das bestehende Wahlrecht, die Steuerfreiheit der Reichsunmittelbaren und der Mangel einer Quotisirung, sind Hindernisse für jede Steuerreform. Auch in Bezug auf die Einschätzungsweise bestehen große Uebelstände. Eine Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung" aus Schlesien theilte mit, daß dort die Großgrundbesitzer stets nur mit einem Drittel ihres Einkommens besteuert werden. Die Regierung hat ein hervorragendes Interesse daran, entweder die Unrichtigkeit dieser Nachricht nachzuweisen oder Wandel zu schaffen. Wir werden in der Steuereinschätzung erst dann Besseres erreichen, wenn wir ganz andere Behörden und Organe dafür einstellen, wenn wir die Einschätzung losmachen von der politischen Thätigkeit, von den Landrathsämtern, und sie einer unabhängigen, rein finanz-technischen Behörde übertragen. Denn es handelt sich doch hier um parteilose Berücksichtigung des Staatsinteresses.

Ich richte weiter die Anfrage an den Herrn Finanzminister, ob in neuerer Zeit irgend welche Generalinstruktion von ihm erlassen worden ist in Bezug auf die Einschätzung des kleinen Grundbesitzes. Es wird aus einem schlesischen Kreise berichtet, es sei vollständige Methode, daß alle zur Einkommensteuer und zur Klassensteuer veranlagten Grundbesitzer mit dem Zweieinhalb- bis Dreifachen des Grundsteuerreinertrages eingeschätzt wurden. Auch eine Bekanntmachung des Landraths in Osterode läßt darauf schließen, daß das durchgehend für die ganze Monarchie angeordnet ist. Ich halte eine derartige Vorschrift in dieser Allgemeinheit und in dieser unbestimmten Fassung für absolut unbegreiflich. In vielen Kreisen herrscht eine große Aufregung darüber. Man begreift es nicht, daß in einem Augenblick, wo die Verhältnisse des Grundbesitzes im Osten so traurige sind, eine solche Maßregel soll durchgeführt werden.

Ich wundere mich, daß der Herr Finanzminister der Zollpolitik ein so großes Loblied gesungen hat. Keine Stelle war ungeeigneter hierfür als diese. Wie viele Landwirthe verkaufen denn in diesem Jahre Roggen und Hafer? Zukaufen müssen sie es! Die Situation hat sich noch dadurch verschlechtert, daß die landwirthschaftlichen Bedarfsartikel wesentlich im Preise gestiegen sind, und es an Saatkorn fehlt. In Wirklichkeit würden Sie dem Volke eine Wohlthat erweisen, wenn Sie eine Erleichterung in Bezug auf die Zölle eintreten ließen. Die neue Wirthschaftspolitik hat nur die Folge gehabt, daß der Landwirthschaft die billigen Arbeitskräfte entzogen werden und die Arbeiter in Schaaren aus dem Osten nach dem Westen strömen. Ein großer Theil der Landwirthe muß in diesem Jahre die Zölle selber bezahlen, weil sie ihr Getreide selber kaufen müssen. Auch die Wirkungen des Holzzolls sind ausgeblieben. Was ist aus der Parole geworden: Schutz dem deutschen Walde? In Süddeutschland wird der Wald wie niemals devastirt, aber auch bei uns in Preußen geht der Privatwald herunter.

Viel zu niedrig sind die Einnahmen aus dem Güterverkehr veranschlagt. Auch hier müssen, wie im Personenverkehr, Aenderungen des Tarifs eintreten. Eine Ermäßigung der Tarife wird nicht die Einnahmen herabdrücken, sondern vermehren, wie bei dem Posttarif.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Etat der Schulverwaltung. Derselbe wirthschaftet mit einem großen Dispositionsfonds. Wie lange soll es dauern, bis die Verfügung darüber gesetzlich geregelt und nicht in das Ermessen des Ministers gestellt ist? Wie steht es mit der Regelung des Beginns und Ende der Schulpflicht und die Frage der Wittwenpension? Die Resolutionen des Landtags sind völlig unberücksichtigt geblieben. Das führt zu einem weiteren Umsichgreifen des fühlbaren Mangels an Lehrern. Dazu kommen die Maßregeln der Lehrer im Wege des Disziplinarverfahrens, Absetzungen wegen Parteinahme gegen die Staatsregierung! Was heißt das letztere? Wer ist feindselig gegen die Regierung? Das Zentrum? das ist ja jetzt unter die regierungsfreundlichen Parteien aufgenommen, wir nicht. Aber wir streben darnach! (Heiterkeit.) Aber wohin soll das führen, wenn der Grundsatz Platz greift, daß die Minister die Pächter patriotischer Gesinnung sind und daß die Beamten den Ministern Treue geschworen haben? Wir haben Kaiser und Reich Treue geschworen, aber nicht den Ministern. Wir können unsere Treue nicht wechseln, wie das Hemd und den Rock. (Beifall links.) Die Minister sind die jeweiligen Diener des Staates und haben die Bestimmung der Verfassung, daß ein Jeder seine politische Meinung offen und ehrlich zum Ausdruck zu bringen hat, auszuführen. Eine weitere gesetzwidrige Verfügung einer Regierung geht dahin, daß die Lehrer vor ihrer Verheirathung die Genehmigung der Regierung einholen sollen, und daß diejenigen, welche ohne Genehmigung in den Stand der Ehe treten, aus dem Dienst entlassen werden sollen. Das übersteigt Alles, was wir bisher an Reaktion erlebt haben. Die Regierung hat nicht das Recht, in diese reine Privatrechtssphäre hineinzugreifen. Das ist eine unerhörte Gesetzwidrigkeit. (Zustimmung links.)

In Bezug auf die Beamtengehälter kennen wir die Absicht der Regierung im Einzelnen nicht. Die Initiative der Volksvertretung zu überlassen, wäre hyperkonstitutionell. Die Gehaltsaufbesserungen sollen ein Ausgleich sein für die Theuerungsverhältnisse. Wir müssen das Nöthige im Reich und hier thun, und ich bedauere, daß die Regierung erst in letzter Stunde an diese Frage gedacht. Mit Genugthuung erfüllt mich die in der Erörterungsrede ausgesprochene feste Erwartung, daß der Friede Deutschland erhalten bleibe. Dann können wir also mit aller Energie an die freiheitliche Ausgestaltung im Innern des Deutschen Reiches herangehen. (Lebhafter Beifall links.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 2¼ Uhr.

Deutschland.

Berlin, den 22. Januar.

— Heute Vormittag unternahmen die kaiserlichen Majestäten eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Darauf empfing der Kaiser den Professor Anton v. Werner, um von demselben sich einige Skizzen vorlegen zu lassen. Sodann ließ sich der Kaiser die regelmäßigen Vorträge halten.

— Die Kaiserin Friedrich beehrte gestern gelegentlich einer Ausfahrt das Haus des Generalfeldmarschalls Grafen v. Blumenthal mit einem Besuche, um sich nach dem Befinden der schwer erkrankten Gräfin Blumenthal zu erkundigen. Heute Mittag empfing die Kaiserin den Botschafter Italiens, Grafen de Launay, um demselben aus Anlaß des Ablebens des Her-

zogs von Aosta ihre Theilnahme persönlich zu erkennen zu geben.

— **Prinz Heinrich** und seine Gemahlin haben, wie Konstantinopeler Blätter berichten, Egypten bereits verlassen und sind gegen Ende der vorigen Woche in Jaffa eingetroffen. Von dort beabsichtigte das prinzliche Paar seine Reise alsbald nach Jerusalem fortzusetzen, um etwa vierzehn Tage in der heiligen Stadt zu verweilen.

— **Prinz Georg** ist von seiner Erkältung beinahe wieder hergestellt, doch darf derselbe das Zimmer noch nicht verlassen.

— Der Staatsminister v. **Boetticher** wurde heute Mittag vom Kaiser empfangen und dann zur Mittagstafel eingeladen.

— Wie die „Börs.-Ztg." erfährt, trifft der **Reichskanzler** heute Abend in Berlin ein und wird morgen im **Reichstage** erscheinen.

— Auch die **Zentrumspartei** ist nunmehr mit ihrem **Wahlaufruf** vor die Oeffentlichkeit getreten. Bezüglich der kirchenpolitischen Lage heißt es darin:

Noch immer sind die Bedingungen nicht erfüllt, welche wir in jeder Wahlperiode als unerläßlich bezeichnet haben, wenn dem Volke die Religion erhalten, wenn christlich-gläubige Gesinnung geweckt und gefördert werden soll, und zur Richtschnur erhoben in Unterricht, Erziehung, Bildung und Wissenschaft, in der Gesetzgebung und im öffentlichen Leben. Wir fordern deshalb immer von Neuem, daß der Kirche, im Deutschen Reiche wie in den Schutzgebieten, volle Freiheit der Bewegung gestattet und Alles beseitigt werde, was die Selbständigkeit und die Rechte der Kirche beeinträchtigt, was die segensreiche Wirksamkeit aller ihrer Genossenschaften und das in der Verfassung gewährleistete Heimathsrecht der Reichsangehörigen verletzt. Wir erkennen zugleich in der unbehinderten Thätigkeit der Kirche und ihrer Organe, sowie der dadurch zu erhoffenden Kräftigung des christlichen Geistes in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeiter, das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie — ein Mittel, wirksamer als alle Ausnahmegesetze.

Im Uebrigen betont der Aufruf hauptsächlich die Mitwirkung des Zentrums bei den vom Reichstage angenommenen Arbeiterschutzanträgen, die Bestrebungen zur Förderung des Handwerks, sowie das „unbeugsame Festhalten" des Zentrums an den Grundsätzen der Verfassung.

— Das neue **Weißbuch** über die deutschen **Schweine-Ausfuhrverbote** und die westlichen Viehsperren gegen Deutschland zerfällt in vier Abschnitte. Abschnitt I: Das deutsche Schweine-Einfuhr-Verbot gegen Dänemark, Schweden und Norwegen enthält ein Schreiben des Staatssekretärs des Innern vom 9. Dezember, enthaltend das Ersuchen an das Reichs-Gesundheits-Amt, eine gutachtliche Aeußerung über die Natur der in Dänemark herrschenden, als „milzbrandige Rose" bezeichneten Krankheit aufzustellen. Das Gutachten des Reichs-Gesundheits-Amts ist als Anlage hinzugefügt. Dann folgt ein Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Kopenhagen vom 4. Januar über den Gesundheitszustand des dänischen Viehs im November 1889 und als Anlage die Uebersetzung eines Artikels der Zeitung „Ministerial-Tidenden" Nr. 50, woraus hervorgeht, daß Rindermarktyphus, Milzbrand und die milzbrandartige Rose in einer Anzahl von Viehbeständen festgestellt war. Abschnitt II: Das deutsche Schweine-Einfuhr-Verbot gegen Rußland, Oesterreich-Ungarn und die Hinterländer des letzteren. Diese Abtheilung enthält sieben verschiedene Sachen: Ein Schreiben des Herzoglich Braunschweigisch-Limburgischen Staatsministeriums über den Stand der Maul- und Klauenseuche in Braunschweig und ein Bericht des Regierungs-Präsidenten zu Oppeln über die Zahl und den Verbleib der aus Steinbruch in Ungarn eingeführten Schweine, dann ein Bericht desselben über die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche in die oberschlesischen Schlachtorte durch Steinbrucher Schweine; ferner ein weiteres Schreiben des Braunschweigischen Staatsministeriums; ein Bericht des Reichs-Gesundheitsamts über den Stand der Maul- und Klauenseuche im dritten Vierteljahr 1889, endlich zwei Uebersichten über den Stand der Maul- und Klauenseuche in Preußen und über denselben in der Mastanstalt zu Steinbruch. Abschnitt III.: Die englische Viehsperre gegen Deutschland und die sogenannte schleswig-holsteinische Ordre. Dieser enthält nur den Bericht des Botschafters in London über die Ablehnung des Erlasses der schleswig-holsteinischen Ordre durch die englische Regierung und als Anlage eine Aufzeichnung des Präsidenten des Board of Agriculture. Abschnitt IV.: Die französische, belgische und niederländische Viehsperre gegen Deutschland: enthält zwei Berichte der kaiserlichen Botschaft in Paris über die dortige Bewegung zu Gunsten einer Aufhebung des französischen Vieh-Einfuhrverbotes.

Oesterreich-Ungarn.

* **Pest,** 21. Januar. **Abgeordnetenhaus.** Auf eine Anfrage bezüglich der Lieferungen der ungarischen Waffenfabrik erklärt der Landesvertheidigungsminister Fejervary: die Waffenfabrik habe in Folge gewisser Schwierigkeiten der vertragsmäßigen Verpflichtung bezüglich der Lieferung einer bestimmten Anzahl Gewehre nicht entsprechen können und eine Verlängerung der gesetzten Frist verlangt. Er wolle möglichst schonend vorgehen und hoffe, die Waffenfabrik werde ihrer Verpflichtung bald nachkommen können. Da es sich jedoch darum handle, die ungarische Landwehr in kürzester Zeit mit den neuen Gewehren auszurüsten, damit im Falle einer Mobilmachung für die Armee kein Nachtheil erwachse, so müsse er sich, wenn bezüglich der Ausrüstung der Landwehr Schwierigkeiten entstehen sollten, die dazu nöthigen Gewehre wenigstens theilweise anderswo sichern. Das Budget für das Ministerium der Landesvertheidigung wird hierauf erledigt und die Berathung des Budgets für das Unterrichtsministerium begonnen.

Rußland und Polen.

× **Warschau,** 20. Januar. In welcher Weise der hier erscheinende „Dniewnik Warszawski", ein **russisches Blatt in polnischer Sprache**, die Polen für Rußland zu gewinnen bemüht ist, davon giebt die diesjährige Neujahrs-Betrachtung ein recht bezeichnendes Beispiel. Es heißt in derselben: „Wenn wir auf unser Land blicken, so können wir uns wünschen, daß die russischen zivilisatorischen (!) Einflüsse in diesem slawisch-polnischen Lande zunehmen und sich vielseitiger gestalten, durch ihre wohlthätige Kraft (!) mit uns auch diejenigen Polen aussöhnen mögen, welche noch zornig und böse auf Rußland sind, nicht das große Glück (!) begreifen, daß das russische Reich sie vor dem deutschen Joche bewahrt, unter dessen Schwere schon so viele Landsleute polnischen Stammes verloren sind. Russische Verwaltung, russische Schule, russisches Gericht üben schon hinlänglichen Einfluß auf die polnische Nation und die ganze Bevölkerung unseres Landes." In dieser Weise geht es weiter; es wird der Segen der russischen Regierung gepriesen und für die Polen als ein außerordentliches Glück hingestellt, unter dieser „liebevollen, milden" russischen Regierung zu stehen. Allerdings finden diese Liebes-Bemühungen des „Dniewnik" bei den Polen keine Gegenliebe, da er von denselben nicht gelesen wird, und daher die Tiraden nur die Bedeutung von Monologen haben! — Die russische Regierung soll aus politisch-religiösen Gründen beschlossen haben, die katholischen Pfarrämter an der Südwest-Grenze aufzuheben; der Gouverneur von Kiew soll den Bischof von Zytomir hiervon benachrichtigt und ihn aufgefordert haben, diese Anordnung durchzuführen. Diese neue **Gewaltmaßregel** gegen die **katholische Kirche** wird von polnischen Zeitungen selbst bezweifelt. — Die Konsekration der **neu ernannten polnischen Bischöfe** wird voraussichtlich kurz nach Ostern d. J. stattfinden. — Der Kurator des Warschauer Unterrichtsbezirks, **Apuchtin**, ist nach Petersburg gereist, angeblich um dort eine neue Stellung im Vorstande des kaiserlichen philanthropischen Vereins zu erhalten. Nach dem Grundsatze, daß man glaubt, was man wünscht, wird Letzteres gern geglaubt, da dem gestrengen Herrn Kurator das beste Fortkommen gewünscht wird; Thränen werden ihm Seitens der Polen gewiß nicht nachgeweint werden! — In **Litthauen** sind neuerdings wegen Nichtzahlung von landschaftlichen Zinsen 8 Güter in den Gouvernements Wilna, Kowno und Minsk zum Verkaufe gekommen; 3 dieser Güter gehörten Polen, 5 Russen.

Aus dem Gerichtssaal.

? **Posen,** 20. Januar. [Schwurgericht.] In der Strafsache gegen den Ausgedinger **Ferdinand Schlinke** aus Neubrück, in welcher unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt wurde, wurde Angeklagter von der Anklage der versuchten Nothzucht freigesprochen, aber wegen Beleidigung zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wie weit der Fanatismus auch bei uns zu Lande geht, zeigt die vor der hiesigen **Strafkammer** verhandelte Sache gegen den Stellmacher **Rudolph Doerr** aus **Polajewo**. Angeklagter ist der Sohn eines evangelischen Vaters und einer katholischen Mutter, seine Geschwister haben zwar die evangelische Schule besucht, die Mutter hat es aber verstanden, die Kinder zum katholischen Glauben hinüberzuziehen. Der Vater ist gestorben und nur der Knabe Eduard Doerr, der auch in der evangelischen Schule unterrichtet worden war und den Konfirmandenunterricht bei dem Pastor Wenig genossen hatte, wollte auch in dieser Konfession eingesegnet werden. Dies sollte am Sonntag den 27. Oktober v. J. stattfinden. Der Pfarrer begab sich an jenem Tage mit den Konfirmanden in die Kirche. Die Mutter des Angeklagten hatte diesen aufgeredet, seinen Bruder mit Gewalt aus der Reihe der Konfirmanden zu entfernen und nach Hause zu bringen. Der Knabe hatte aber ein solches Attentat seitens seiner Angehörigen vorausgesehen und war deshalb von dem Küster schon vorher in der Sakristei untergebracht worden. Als die Gemeinde versammelt und der Pfarrer mit den übrigen Konfirmanden erschienen war, führte der Küster Oelke den Eduard Doerr in die Kirche und ließ ihn auf einer Bank dicht am Altare Platz nehmen. Angeklagter, der seinen Bruder in der Reihe der Konfirmanden, die zur Kirche geführt wurden, nicht bemerkt hatte, hatte auf einer Bank in der Kirche Platz genommen. Während die Gemeinde sang und der Kantor die Orgel spielte, ging Angeklagter zu seinem Bruder hin, faßte ihn am Arme und suchte ihn mit den Worten: „Mach', daß Du aus der Kirche kommst", mit Gewalt fortzuziehen; es gelang ihm dies nicht, denn der Knabe hielt sich an der Bank fest. Durch dieses Vorgehen wurde die Gemeinde in ihrer Andacht gestört, der Gesang verstummte, Alles schaute nach dem Angeklagten, auch der Kantor stellte das Orgelspiel ein. Der Küster Oelke, der gerade mit dem Anzünden der Lichter beschäftigt war, forderte den Angeklagten auf, die Kirche zu verlassen und als derselbe dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er vom Küster und einem der Gemeindemitglieder mit Gewalt aus der Kirche entfernt.

Angeklagter räumte den Sachverhalt in der Hauptsache ein, er will nicht die Absicht gehabt haben, den Gottesdienst zu stören, sondern nur den Auftrag seiner Mutter auszuführen; der Gerichtshof nahm aber an, daß Angeklagter am 27. Oktober v. Js. zu Polajewo in der evangelischen Kirche den Gottesdienst einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft durch Erregung von Unordnung vorsätzlich gestört hat. Mit Rücksicht auf die große Rücksichtslosigkeit, die Angeklagter an den Tag gelegt hat, wurde er zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Der Schuhmacher **Wilhelm Voigt** aus Tilsit hatte schon so viel auf dem Kerbholz, daß es ihm sehr bedenklich erschien, seinen richtigen Namen zu nennen, als er am 22. Mai v. J. wegen Verdachts eines neuen Diebstahls in das Justizgefängniß zu Wronke eingeliefert wurde, er legte sich daher den klangvollen Namen „Friedrich Wilhelm Rückert" bei, blieb auch bei dieser Namensangabe, als er Anfangs Juli v. J. in das Justizgefängniß zu Posen überführt wurde. In Folge dessen wurde Angeklagter auch in die Gefangenenbücher der beiden gedachten Gefängnisse unter dem Namen „Rückert" eingetragen. Dem Angeklagten wurde deshalb zum Vorwurf gemacht und der Gerichtshof traf auch eine dahingehende thatsächliche Feststellung, daß Angeklagter wiederholt vorsätzlich bewirkt habe, daß eine Thatsache, welche für Rechte und Rechtsverhältnisse von Erheblichkeit ist, in öffentlichen Büchern als geschehen beurkundet wurde, während sie in anderer Weise geschehen war. Angeklagter wurde zusätzlich zu der wegen Diebstahls bereits gegen ihn erkannten einjährigen Gefängnißstrafe wegen wiederholter intellektueller Urkundenfälschung zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

? **Posen,** 21. Januar. [Schwurgericht.] Die für den 21. und 22. Januar anberaumte Strafsache gegen den Ackerwirth **Daniel Weiß** aus Petzen-Hauland wegen Brandstiftung mußte vertagt werden, weil Angeklagter erkrankt sein soll.

Vermischtes.

† **Die Königin Olga von Griechenland** schwebte, wie Berliner Blätter dem in Athen erscheinenden „Spektateur d'Orient" entnehmen, am Montag voriger Woche in äußerster Gefahr. Als nämlich die Königin in Begleitung der beiden jüngsten Prinzen auf ihrem gewohnten Nachmittagsspaziergang durch die Straße Kephissia ging, rissen plötzlich die über die Häuser geleiteten Drähte des elektrischen Lichtes und stürzten direkt auf die Königin nieder, so daß diese in die Drähte völlig verwickelt war. Einige Herren sprangen sofort herbei und lösten die Königin aus dieser wenig angenehmen Umgarnung los. Die Königin, welche in dieser Situation keineswegs ihre Kaltblütigkeit verloren hatte, erschrak jedoch nicht wenig, als sie nachträglich erfuhr, daß nur wenige Minuten später die Leitung der Elektrizität durch die Drähte für die Abendbeleuchtung beginnen sollte. Wäre dies schon in dem Augenblick der Fall gewesen, als die Drähte auf die Königin niederfielen, so hätte sie auf der Stelle getödtet werden können.

† **Der Opernsänger und Komiker Heinrich Marchion,** eines der ältesten und beliebtesten Mitglieder des Dresdener Hoftheaters, ist an der Influenza **gestorben.**

Militärisches.

— **Beförderung zu Unteroßärzten.** Einjährig-Freiwillige der Kavallerie, Feldartillerie und des Trains, welche die Approbation zum Thierarzt besitzen und die vorgeschriebene Prüfung im Hufbeschlag bestanden haben, dürfen bei guter Führung und entsprechender dienstlicher Befähigung nach halbjähriger Dienstzeit mit der Waffe zu einjährig-freiwilligen Unterroßärzten befördert werden. Unter gleichen Voraussetzungen dürfen auch dreijährig-Freiwillige nach halbjähriger Dienstzeit mit der Waffe zu dreijährig-freiwilligen Unteroßärzten befördert werden.

Aus der Provinz Posen

und den Nachbarprovinzen.

a. **Jersitz,** 21. Jan. [Vom Brande. Marktplatz. Bezirksverein. Droguenhandlung.] Bei dem Brande am 18. d. Mts., Abends, auf der Jeskeschen (nicht Hoffmannschen) Besitzung haben auch die Langfinger wiederum ihr Möglichstes geleistet. Bei der großen Einwohnerzahl Jersitzs dürfte es sich vielleicht empfehlen, eine sogenannte Wach-Abtheilung zu gründen, welche die Brandstellen absperren und Unbefugte am Betreten derselben verhindert. An Spritzen waren die der Gemeinde Jersitz, der Milch'schen Fabrik und die Posener Landspritze erschienen. — Der hiesige Wochenmarktplatz geht, Dank der Thätigkeit des Unternehmers, Herrn Labsch, ungeachtet der ungünstigen Witterung, rasch seiner Regulirung resp. Planirung entgegen und dürfte wohl schon in nächster Zeit die Abhaltung von Wochenmärkten dort stattfinden. — Der hiesige **Bezirksverein** feiert am nächsten Sonnabend im Polinskischen Restaurant sein Wintervergnügen, welchem ein gemeinschaftliches Diner vorangeht. — Seit Neujahr befindet sich am hiesigen Orte in dem Hause des Großmannschen Restaurants eine **Droguen-Handlung.** — Dieselbe schafft einem längst empfundenen Bedürfniß Abhilfe.

Lokales.

Posen, den 22. Januar.

* **Bezüglich der Einrichtung von Sitzplätzen in der 4. Wagenklasse** erfährt die „Vossische Zeitung" noch, daß an den Wänden des Wagens entlang rings herum, und wo dieselben vorhanden, auch an den Zwischenwänden, die für die Ausrüstung von Güterwagen zur Militärbeförderung vorhandenen Bänke Aufstellung finden sollen. Vielleicht könnte man ohne erhebliche Kosten noch weitere Sitzplätze für den Fall, daß der verbleibende Mittelraum nicht völlig von Reisenden mit Kiepen und Traglasten 2c. in Anspruch genommen wird, dadurch schaffen, daß in jedem Wagen eine Anzahl Feldstühle in der Art, wie sie zu gleichem Zweck auf Schiffen gebräuchlich sind, vorräthig gehalten werden. Viele der 4. Klasse Reisenden versehen sich schon jetzt mit solch einem Stuhl, der in einfachster Ausstattung schon zum Preise von 1 Mk. bis 1 Mk. 50 Pfg. zu haben ist. Auch in dem Fahrpreis der 4. Klasse werden Erleichterungen vorbereitet. Wahrscheinlich wird man auf Rückfahrtkarten mit Preisermäßigung und eintägiger Giltigkeit zurückgreifen.

* **Feuer.** Heute Morgen 1 Uhr hatte in der Irrenbewahranstalt auf der Waisenstraße ein junger geisteskranker Mann in seiner Zelle, Parterre, den Strohsack in Brand gesteckt und auch der Zwangsstuhl wurde vom Feuer ergriffen. Bei dem Feuer und dem erstickenden Rauch in der Zelle konnte es der Kranke in dieser nicht mehr aushalten und wollte sich durch das Fenster retten. Obgleich dasselbe außen mit einem Eisengitter versehen ist, hatte der Bedrängte eine Glasscheibe zerschlagen, den Kopf und die Arme hindurchgesteckt und hatte sich hierbei zwischen den Fenstersprossen so eingezwängt, daß er weder vor- noch rückwärts konnte. Von der alarmirten Feuerwehr wurde der Bedrängte aus dieser peinlichen Lage bald befreit und auch das Feuer mit einigen Eimern Wasser schnell gelöscht. Durch die Glasscherben hatte sich der Kranke Verwundungen am Kopfe und den Händen zugezogen, so daß derselbe in das Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

—u. **Verhaftungen.** Gestern sind 2 Arbeiterinnen von hier zur Haft gebracht worden, welche im Festungsglacis dabei betroffen worden waren, als sie Aeste von den Bäumen abbrachen und dieselben entwendeten.

Handel und Verkehr.

Bromberg, 21. Januar. (Bericht der Handelskammer.) Weizen: feiner 181—185 Mk., geringer nach Qualität 172—180 Mk. feinster über Notiz. — Roggen nach Qualität 166—171 Mk., feinster über Notiz. Braugerste 150—160 Mk., Futtergerste 130—140 Mk. Hafer nominell 150—163 Mk. — Kocherbsen 160—170 Mark. — Futtererbsen 145—150 Mk. — Spiritus 50er Konsum 50,50 Mk., 70er 31,00 Mk.

** **Aachen,** 21. Januar. Die Generalversammlung der Vereinigungs-Gesellschaft für Steinkohlenbau im Wurmrevier beschloß den Ankauf des Eigenthums der Aachen-Höngener Bergwerks-Aktiengesellschaft zu den bekannten Bedingungen. Das Gesammtobjekt beträgt 6 193 000 Mk.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 22. Januar. Das Befinden des kranken Freiherrn v. Franckenstein war heut früh 8 Uhr wie gestern. Die allgemeinste Theilnahme gab sich selbst während der ganzen Nacht durch Nachfragen im Hotel kund.

Berlin, 22. Januar. Baron von **Franckenstein** ist heute um 11 Uhr 5 Min. Vormittags gestorben.

Paris, 22. Januar. In dem gestrigen Ministerrathe hat der Finanzminister Rouvier den Entwurf zur Abänderung der Grundsteuer vorgelegt; er beabsichtigt den Mehrertrag von 45 Millionen aus der neuen Vermessung der bebauten Grundstücke zur Steuererleichterung des unbebauten Grundes zu verwenden. Das Budget für 1891 enthält auch eine Reform der Thür- und Fenstersteuer. In dem Budgetentwurf wird schließlich auch eine Verbesserung des Katasters vorgeschlagen.

Petersburg, 22. Jan. Von den russischen Zollämtern werden nicht mehr in Zahlung für Gebühren angenommen: Ausgelooste Obligationen und Kupons der fünfprozentigen auswärtigen Anleihe von 1877, konsolidirte Obligationen erster, zweiter, dritter, vierter und siebenter Emission und deren Kupons. — Heute wurde das Gesetz veröffentlicht, nach welchem die Anzahl der vom Don-Kosakenheere im Kriege aufzustellenden Ersatzregimenter um vier erhöht wird.

London, 22. Januar. Ein Tagesbefehl des Kriegsministers bringt die Beileidsdepesche Kaiser Wilhelms an den Herzog von Cambridge anläßlich des Todes des Lords Napier of Nigdola zur Kenntniß der ganzen englischen Armee.

Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen

vom 22. Januar 1890.

Gegenstand.			gute W. M.	Pf.	mittel W. M.	Pf.	gering. W. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Weizen	höchster	pro	—	—	19	—	18	30	18	48
	niedrigster		—	—	18	70	17	90		
Roggen	höchster	100	17	70	17	—	16	80	17	05
	niedrigster		17	20	16	90	16	70		
Gerste	höchster	Kilo=	—	—	16	—	15	—	15	23
	niedrigster		—	—	15	40	14	50		
Hafer	höchster	gramm	17	—	16	—	15	—	15	75
	niedrigster		16	50	15	50	14	50		

Andere Artikel.

	höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte M.	Pf
Stroh (pro 100 Kilo)							Bauchfl. (pro 1 Kilo)	1	20	1	—	1	10
Richt=	7	50	7	—	7	25	Schweine-						
Krumm=	—	—	—	—	—	—	fleisch	1	40	1	20	1	30
Heu	6	75	6	25	6	50	Kalbfleisch	1	20	1	10	1	15
Erbsen	—	—	—	—	—	—	Hammelfl.	1	20	1	10	1	15
Linsen	—	—	—	—	—	—	Speck	1	80	1	60	1	70
Bohnen	—	—	—	—	—	—	Butter	2	40	1	80	2	10
Kartoffeln	3	—	2	40	2	70	Rind. Nieren=						
Rindfl. v. d.							talg	1	—	—	80	—	90
Keeul v. 1 kg	1	40	1	20	1	30	Eier pr. Schck.	3	—	—	—	3	—

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 22. Januar.

	feine W.	mittl. W.	ord. W.
	Pro 100 Kilogramm.		
Weizen . .	19 M. 20 Pf.	18 M. 70 Pf.	17 M. 60 Pf.
Roggen . .	17 = 10 =	16 = 90 =	16 = 70 =
Gerste . . .	17 = 60 =	15 = 20 =	13 = 40 =
Hafer . . .	16 = 10 =	15 = 50 =	14 = 80 =
Kartoffeln .	2 = 60 =	2 = — =	— = — =

Die Marktkommission.

Vom Wochenmarkt.

s. **Posen**, 22. Januar.

Wie seit längerer Zeit, so war der Landmarkt auch heute mit Getreide sehr schwach befahren, die einzelnen Zufuhren trafen spät ein. Preise unverändert. Der Zentner Roggen 8,50—8,60 Mark, Weizen 8,75—9,50 M., Hafer 8—8,10 M., Gerste, leichte mittel, 7,50—7,75 M., blaue Lupine 6—6,50 M. Der Markt war von Käufern nur mäßig besucht. Stimmung gedrückt. Heu der Zentner 2,60—2,80 M. Das Schock Stroh 38—39 M., einzelne Bunde 75—80 Pf. Kartoffeln der Zentner 1,20—1,40 M. Geflügel sehr viel angeboten. 1 Puthahn von 5,50—8,50 Mark, 1 Puthenne von 4,50— 5 Mark. 1 schwere Gans 7—9 Mark, 1 Paar Enten 3,50—3,75 Mark, 1 Paar Hühner 2,50—3,50 Mark, Eier, die Mandel 75 bis 80 Pf. Feine Tischbutter, das Pfund 1 bis 1,10 Mark. Koch= und Backbutter 85—90 Pf. Grünzeug reichlich. Ein Kopf Blumenkohl 25—30 Pf. Aepfel, das Pfund 10—25 Pf. Der Markt war gut besucht und rege im Geschäft. Der Auftrieb auf dem Viehmarkte in Fettschweinen knapp, Preise pro Zentner Lebend=Gewicht 44—46 M. Ferkel und andere Jungschweine fehlten. Rinder standen zum Verkauf 15—18 Stück, leichtes und mittelschweres Schlachtvieh, von 21—26 M. pro Zentner Lebend=Gewicht. Kälber, das Pfund Lebend=Gewicht von 25—28 Pfennige. Hammel, 3—4 kleine Posten, im Preise von 20 bis 21 Pf. das Pfund Lebend=Gewicht. Das Geschäft war ziemlich lebhaft. Das Angebot auf dem Sapiehaplatz war recht reichlich. Ein Hase 2,50—3,25 M. Ein Puthahn von 5—8,75 M. Eine leichte Puthenne 4 bis 4,50 Mark. Gänse 3,50 bis 8,75 M. Geschlachtete Fettgänse, das Pfund 55—70 Pf. Ein Paar große schwere Enten 3 bis 3,75 M. Hühner, das Paar von 2 bis 3,50 Mark. Ein Paar junge Tauben von 65—80 Pf. Das Pfund Butter 1—1,10 M. Koch= und Backbutter 85—90 Pfennige. Die Mandel Eier 75 bis 80 Pfennige. Das Pfund Aepfel 10—25 Pf. Der Liter Milch 12 bis 14 Pf. Das Angebot in Fischen war heute nicht groß. Das Pfund Karpfen 60—75 Pfennige, Hechte 60 Pf., Bleie 30—35 Pf., Barsche 30 Pfennige, Zander 55—60 Pfg., Karauschen 40 Pf. Grüne Heringe, die Mandel 25—30 Pf. Auch der Fleischmarkt war früh gut besucht, das Geschäft schien aber nicht von Belang zu sein.

Angekommene Fremde.

Posen, 22. Januar.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Zakrzewski aus Osiek, Graf v. Czarnecki aus Siekowo, v. Morawski aus Oporowo und v. Zabłocki aus Leziona, die Kaufleute Clavier und Selliger aus Berlin, Weichmann aus Dresden und Straus aus Frankfurt a. M., Landwirth Swiergocki aus Königreich Polen.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Die Rittergutsbesitzer Magdzinski aus Polen und Sowadzki aus Kalisch, Frau Skrzetuska und Schwester aus Obornik und Frau Kujawska aus Bromberg.

Stern's Hotel de l'Europe. Rechtsanwalt Marcus aus Guben, Dr. med. Peyser aus Schwersenz, Fabrikant Wetzel aus Brünn, Ingenieur Bandelow aus Magdeburg, Guts=Inspektor Ehlert aus Breslau, Sanitätsrath Dr. Lißner aus Kosten, die Kaufleute Wölkerling aus Bremen, Beckmann aus Halle a. S., Schreier aus Berlin, Heydemann aus Danzig und Reißner aus Schrimm.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus". Die Kaufleute Samter und Adolf aus Berlin und Altmann aus Bug.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus" vorm. Langner's Hotel. Die Kaufleute Fischer aus Dresden, Roeder aus Gordten, Stumpff aus Langenbielau.

Graefe's Hotel Bellevue. Die Kaufleute Harner, Heuser, Schwersenz und Wilsseler aus Berlin, Bogen aus Breslau, Hille aus Dresden und Ergang aus Magdeburg, Assessor Böttger und Ingenieur Schrödter aus Berlin.

Theodor Jahns — Hotel garni. Die Kaufleute Brill aus Gondek, Menzel und Schulze aus Stettin und Gocksch aus Wüstewaltersdorf, Ober=Inspektor Kliemchen aus Neudamm und Frl. Krause aus Gnesen.

Arndt's Hotel früher Scharfenberg. Die Kaufleute Scheller und Richter aus Berlin, Hawlitska aus Breslau, Kuhn aus Görlitz und Zeitz aus Leipzig, Rittergutsbesitzer Wege und Tochter aus Wilhelmsberg, Kunstgärtner Bock aus Lindenstädt b. Birnbaum.

Hotel Concordia — P. Röhr. Die Kaufleute Landsberger aus Stargard, Dalsk aus Danzig, Hewatynski und Frau aus Graudenz, Teichmann, Cohn und Friedberger aus Breslau, Hirschbach aus Eylau, Spiro aus Krakau, Cohn aus Betsche und Schulz und Schönknecht aus Posen, Destillateur Tibrick aus Westyrinkau, Handelsmann Reichelt aus Wittichinau.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Januar Mittags 1,62 Meter.
= = 22. = Morgens 1,64 =
= = 22. = Mittags 1,70 =

Börse zu Posen.

Posen, 22. Januar. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —,— L. Kündigungspreis (50er) 50,70, (70er) 31,20. (Loko ohne Faß) (50er) 50,70, (70er) 31,20.

Posen, 22. Januar. [Börsenbericht.]
Spiritus behauptet. (Loko ohne Faß) (50er) 50,70, (70er) 31,30.

Börsen=Telegramme.

Berlin, den 22. Januar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 21.			Not. v. 21.
Weizen höher			**Spiritus** ermattend		
pr. April=Mai	201 75	200 75	70er loko o. Faß	33 40	33 40
„ Juni=Juli	201 75	200 75	70er Dez.=Januar	32 70	32 80
Roggen befestigend			70er April=Mai	33 50	33 50
„ April=Mai	176 50	176 25	70er Juni=Juli	35 10	35 20
„ Juni=Juli	174 50	174 25	50er loko o. Faß	52 70	52 80
Rüböl still					
pr. Januar	68 50	68 50			
„ April=Mai	63 50	63 50			
Hafer					
pr. April=Mai	165 —	164 50			

Kündigung in **Roggen** 150 Wspl.
Kündigung in **Spiritus** (70er) 60,000 Liter, (50er) —,000 Liter.

Spiritus. (Nach amtlichen Notirungen.)			Not. v. 21.
do.	70er loko	33 40	33 40
do.	70er Januar . .	32 80	32 60
do.	70er Januar=Febr.	32 80	32 60
do.	70er April=Mai .	33 50	33 50
do.	70er Aug.=Septbr.	35 20	35 10
do.	50er loko	52 70	52 60

		Not. v. 21.			Not. v. 21.
Konsolidirte 4% Anl.	106 60	106 60	Poln. 5% Pfandbr.	67 —	66 75
„ 3½% „	103 10	103 10	Poln. Liquid.=Pfdbr.	61 75	61 40
Pos. 4% Pfandbriefe	101 10	101 —	Ungar. 4% Goldrente	88 60	88 30
Pos. 3½% Pfandbr.	99 90	99 90	Ungar. 5% Papierr.	86 —	86 —
Pos. Rentenbriefe	104 10	104 10	Oestr. Kred.=Akt. (ultimo)	179 —	179 —
Oestr. Banknoten	173 25	173 —	Oest.=Fr. Staatsb. (ultimo)	99 —	99 50
Oestr. Silberrente	76 50	76 40	Lombarden (ultimo)	60 40	59 90
Russ. Banknoten	225 60	225 15	**Fondstimmung**		
Russ 4½% BdkrPfdbr.	100 —	99 90	ziemlich fest still		

Ostpr. Südb. E. S. A.	87 75	87 50	Schwarzkopf	255 —	255 25
Mainz Ludwighf. dto	124 —	123 50	Königs= u. Laurah.	174 75	174 75
Marienb. Mlaw. dto	57 90	58 10	Dortm. St. Pr. La. A.	125 90	125 25
Italienische Rente	94 40	94 30	Inowrazl. Steinsalz	59 30	59 30
Russ 4% konf. Anl 1880	94 25	94 25	Ultimo:		
dto. zw. Orient. Anl.	70 90	70 50	Dux=Bodenb. Eisb. A	212 50	212 90
dto. Präm.=Anl 1866	161 —	162 50	Elbethalbahn „	„ 100 10	99 50
Rum. 6% Anl. 1880	103 50	103 50	Galizier „	„ 81 50	81 50
Türk. 1% konf. Anl.	17 80	17 75	Schweizer Ctr. „	„ 146 75	146 60
Pos. Provinz. B. A.	116 25	— —	Berl. Handelsgesell.	198 75	198 25
Landwirthschft. B. A.	— —	— —	Deutsche B. Akt.	178 50	178 50
Pos. Spritfabr. B. A.	— —	— —	Diskonto Kommandit	249 —	249 60
Gruson Werke	184 25	183 75	Russ. Bankf. ausw. H.	76 75	75 40

Nachbörse: Staatsbahn 99 —, Kredit 178 75, Diskonto=Kom. 249 —

Stettin, 22. Januar. (Telegr. Agentur B. Heimann, Posen.)

		Not. v. 21.			Not. v. 21.
Weizen still			**Spiritus** matt		
April=Mai	195 50	195 50	per loko 50 M. Abg.	51 60	51 60
Mai=Juni	196 —	195 50	„ „ 70 „ „	32 40	32 50
			„ Dez. 70 „ „	— —	— —
Roggen still			„ Jan. 70 „ „	31 80	
April=Mai	173 50	174 —	„ April=Mai 70 M.	32 60	32 80
Mai=Juni	173 —	173 50			
			Petroleum*)		
Rüböl niedriger			do. per loko	12 25	12 25
Januar	68 —	68 50			
April=Mai	63 70	64 —			

*) **Petroleum** loco versteuert Usance 1¼ pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 21. Januar, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp i. Cels. Grad.
Mullaghmor.	741	SSW	7	bedeckt	3
Aberdeen .	741	SSW	3	halb bedeckt	1
Christiansund	736	SW	1	bedeckt	3
Kopenhagen	745	SSW	2	Dunst	2
Stockholm.	741	SSO	2	halb bedeckt	0
Haparanda	748	SO	4	bedeckt	—10
Petersburg	753	SO	3	Schnee	—14
Moskau .	764	SSO	1	bedeckt	—21
Cork Queenst	747	WSW	5	Regen	6
Cherbourg	757	W	5	halb bedeckt [1])	5
Helder . .	760	SW	2	wolkenlos	4
Sylt. . .	746	W	2	halb bedeckt [2])	2
Hamburg .	749	SW	3	bedeckt [3])	1
Swinemünde	749	SW	3	bedeckt	2
Neufahrwass.	748	WSW	2	heiter	1
Memel . .	745	NNO	2	bedeckt [4])	— 2
Paris . .	757	SSW	2	bedeckt	2
Münster .	751	SW	3	bedeckt	2
Karlsruhe .	754	SW	5	Regen [5])	3
Wiesbaden	753	W	2	bedeckt	4
München .	753	SW	8	wolkig	3
Chemnitz .	753	SW	2	wolkig [6])	1
Berlin . .	751	SW	2	bedeckt [7])	2
Wien . .	755	SW	1	bedeckt	2
Breslau .	752	SW	1	heiter	2
Ile d'Aix .	764	WNW	6	wolkig	8
Nizza . .	759	WNW	6	heiter	8
Triest . .					

[1]) Gestern Abend Gewitter. [2]) Starke Hagelböen. [3]) Abends Reif. [4]) Nachts starker Schneefall. [5]) Gestern Vormittags Gewitter. [6]) Gestern Nachmittags Gewitter. [7]) Gestern anh. Regen.

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ueber West=Europa ist die Luftdruckvertheilung gleichmäßiger geworden. Ein Minimum liegt nördlich von den Shetlands mit einem Ausläufer nach den russischen Ostseeprovinzen hin, eine neue Depression naht westlich von Irland, wo starke südwestliche Winde herrschen. Das Wetter ist über Central=Europa trübe und kälter, vielfach sind Niederschläge gefallen. In Vestervik, Cherbourg, Chemnitz, Kaiserslautern und Karlsruhe fanden gestern Gewitter statt, an den beiden letzten Stationen mit Hagelschlag; auch von Sylt werden Hagelböen gemeldet. In Deutschland liegt die Temperatur noch allenthalben über der normalen, in München um 7 Grad. Moskau meldet Minus 21, Archangel Minus 27 Grad.

Deutsche Seewarte.

4. Klasse 181. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 21. Januar 1890. — 7. Tag Nachmittag.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. — (Ohne Gewähr.)

19 176 275 317 445 (1500) 512 22 606 (3000) 55 (3000) 732 **1**103 61 (300) 391 406 37 (500) 569 615 734 71 823 52 936 58 **2**006 10 32 176 209 73 333 42 99 912 **3**092 181 289 344 625 55 733 55 803 33 51 988 **4**009 90 174 234 (500) 300 452 68 530 36 44 90 (1500) 722 41 49 873 **5**025 140 212 35 379 446 502 97 702 873 **6**163 65 77 276 557 877 931 33 **7**096 132 52 214 333 43 505 52 72 776 803 (300) 926 74 **8**049 207 355 408 64 863 **9**023 29 79 184 253 60 344 53 55 89 427 71 588 697 700 913 53 66 95 (500)

10030 (500) 133 89 321 68 98 453 87 658 82 (500) 785 829 63 **11**079 205 445 505 7 45 742 (300) 45 47 **12**007 8 15 84 154 (1500) 405 893 969 **13**041 79 82 110 314 48 502 26 79 670 (1500) 772 96 874 88 900 (300) 27 30 44 62 **14**114 54 371 94 440 500 47 984 **15**008 143 95 387 454 544 52 606 41 722 863 (1500) 926 **16**076 332 69 403 (3000) 64 645 847 71 983 **17**028 134 87 441 (3000) 627 713 808 **18**130 325 47 434 555 647 892 932 **19**189 239 76 327 40 800 916

20005 273 (500) 301 14 408 74 582 726 895 952 **21**102 22 43 53 202 5 93 776 948 69 **22**084 105 78 293 332 411 536 45 689 702 853 98 **23**202 (3000) 467 635 714 87 874 923 80 **24**010 37 (3000) 56 81 (300) 269 328 481 538 686 752 (300) 870 930 **25**110 98 228 303 41 507 35 42 53 56 705 (3000) 76 **26**024 120 64 65 75 89 257 355 477 701 36 46 64 83 833 62 **27**011 176 204 549 759 988 **28**003 6 260 400 510 34 54 (3000) 605 716 67 878 **29**408 574 647 55 708 22 70 74 81 804 52 58 99

30038 48 94 312 472 524 27 649 73 (3000) 753 (300) 888 **31**042 116 222 389 418 76 570 778 823 987 (500) **32**225 98 454 551 688 886 (300) 929 (3000) 33 (300) 53 81 **33**048 126 326 (300) 474 502 688 892 941 (300) **34**021 51 294 313 40 432 (1500) 80 513 707 19 31 902 93 **35**010 12 85 207 (300) 75 782 808 963 **36**007 26 219 44 76 300 524 727 819 **37**036 319 616 94 847 971 **38**059 60 108 51 (300) 213 387 89 (500) 458 70 554 826 **39**025 106 33 386 417 74 592 656 98 723

40023 116 214 29 (500) 33 357 465 789 837 **41**130 66 77 (300) 288 306 14 22 44 (300) 491 529 698 756 813 83 **42**072 252 85 362 (300) 432 618 (300) 700 19 73 49 868 980 **43**024 96 (300) 100 301 (1500) 55 451 99 547 605 734 914 47 **44**273 359 (300) 451 85 794 861 966 68 92 94 **45**287 348 417 523 30 624 (1500) 30 922 **46**034 51 120 21 29 281 351 88 92 508 32 (500) 607 86 766 890 **47**078 266 381 431 78 533 600 779 874 **48**108 247 89 91 99 312 454 599 773 936 68 75 **49**194 209 (300) 59 62 307 530 95 640 704 6 (500) **50** 826 948

50096 189 436 83 502 31 45 620 (300) 741 842 (3000) 967 88 **51**081 186 91 221 379 775 990 **52**135 49 56 216 30 372 93 418 (3000) 68 575 (1500) 94 698 805 (500) 24 935 **53**017 39 62 103 271 376 92 401 84 94 636 816 **54**371 440 74 48 606 745 815 990 **55**016 63 183 209 44 353 418 50 92 636 713 859 74 90 925 **56**092 130 82 95 309 15 453 79 506 11 686 942 53 69 70 87 **57**175 276 423 84 513 761 96 848 (3000) 964 **58**034 62 131 295 334 725 837 903 60 **59**100 49 98 366 98 573 (1500) 683 719 811 12 62 (1500)

60492 514 32 976 **61**025 247 76 489 90 (300) 504 94 707 13 14 73 825 949 **62**020 (500) 246 667 (500) 924 **63**027 39 411 39 42 85 535 38 (500) 70 80 660 76 86 708 13 64 807 16 **64**168 261 422 55 65 586 705 52 810 33 70 919 **65**021 62 64 208 301 28 564 606 888 946 47 (3000) 69 (300) 99 **66**476 522 624 33 77 818 47 920 **67**078 133 (500) 64 65 394 425 37 49 (1500) 517 46 55 71 73 803 **68**038 67 130 60 345 64 787 894 920 21 **69**026 30 87 111 84 289 91 629 844

70113 209 550 788 809 **71**158 482 524 (1500) 30 609 55 758 **72**074 133 46 228 79 431 75 508 59 879 **73**066 431 (500) 559 60 622 853 930 **74**020 27 241 450 94 (1500) 568 97 671 718 66 73 (3000) 84 **75**105 (1500) 232 70 302 7 550 61 747 78 (300) 919 **76**126 244 78 304 412 82 642 802 28 (1500) 60 934 (300) **77**163 320 71 97 493 522 754 (300) 57 808 59 919 **78**033 408 589 679 (300) 704 920 **79**222 95 311 415 49 64 575 634 746 889

80056 82 136 293 (3000) 310 509 82 680 826 (1500) 39 **81**076 242 86 346 68 421 544 675 746 50 838 977 83 **82**100 38 60 237 523 69 670 742 800 80 **83**132 64 88 341 450 550 92 623 (3000) 78 932 **84**076 149 289 360 583 777 813 34 43 **85**084 199 240 52 (500) 78 (1500) 506 41 610 96 713 21 83 92 911 90 **86**014 117 26 31 46 235 92 309 90 777 924 42 **87**163 321 567 655 727 882 **88**054 (3000) 68 173 348 460 (1500) 72 93 520 48 605 97 703 53 873 918 47 67 97 **89**089 163 323 38 91 487 (300) 537 871 924

90081 120 238 (300) 306 467 80 82 88 519 874. **91**134 84 254 85 522 552 756 (3000) 854 **92**056 77 91 358 79 507 74 684 (1500) 88 782 851 976 (10000) **93**046 154 387 649 710 23 90 801 **94**078 165 77 (1500) 82 84 282 406 87 764 (300) 815 58 **95**201 36 44 60 445 615 91 **96**019 34 193 210 483 84 724 898 936 **97**016 29 (3000) 133 39 265 374 96 416 (300) 28 68 534 55 685 816 64 992 **98**155 218 71 78 441 66 72 559 (3000) 972 (500) **99**179 326 431 663 820 41 949 52

100004 139 61 98 246 311 80 512 614 879 93 941 **101**067 86 146 255 355 479 579 720 32 807 944 77 92 **102**017 226 406 33 662 **103**307 37 43 59 442 90 601 31 70 889 986 **104**099 361 627 60 97 748 885 **105**018 97 106 355 430 58 603 711 92 **106**025 (1500) 64 82 102 21 290 312 27 440 688 819 946 (500) **107**118 70 73 212 63 301 84 428 53 607 748 849 65 943 92 **108**069 133 49 626 74 745 811 90 (300) 933 57 **109**086 108 202 39 (500) 61 636 37

110048 86 188 313 568 73 638 925 26 **111**138 635 94 754 62 (300) 98 916 53 78 **112**025 127 66 235 62 342 (1500) 91 535 80 703 29 73 86 96 840 59 **113**029 51 238 420 649 **114**407 522 27 659 888 909 30 43 45 **115**008 99 (500) 313 49 60 515 675 83 777 854 **116**134 42 77 356 58 534 63 806 7 940 **117**058 103 37 (3000) 279 89 437 53 66 559 637 732 878 914 72 **118**052 76 159 271 (1500) 501 53 85 872 925 81 (1500) 98 **119**009 (5000) 78 (300) 117 61 262 328 63 473 561 600 94 858.

120034 (1500) 89 119 49 51 66 285 493 (300) 611 19 41 64 722 71 862 987 **121**110 64 (1500) 211 306 50 545 787 (3000) 900 **122**070 222 26 396 441 657 86 90 985 (3000) **123**100 488 667 723 72 810 63 97 99 958 **124**039 418 28 514 51 82 907 81 **125**197 209 357 92 468 93 577 (300) 711 824 90 939 **126**016 120 425 715 (300) 16 23 968 **127**045 195 288 531 39 73 601 58 827 28 71 **128**087 96 134 (500) 204 439 74 551 644 46 707 818 56 **129**001 144 (300) 71 407 552 646 731 43 981

130009 399 455 595 (300) 685 865 70 **131**088 322 (1500) 80 553 72 626 68 (500) 712 29 66 840 85 942 **132**051 87 181 639 96 770 **133**000 389 92 99 675 97 713 **134**229 519 648 729 68 **135**007 396 402 569 79 643 (300) 850 **136**043 (1500) 78 150 61 77 366 401 504 31 (300) 36 720 866 71 98 935 **137**057 58 (300) 126 50 71 291 404 628 95 714 803 **138**152 83 305 93 435 78 572 606 909 73 91 **139**198 254 386 426 84 541 70 97 (1500) 712 52 906 38 82

140046 113 77 306 75 426 87 567 633 94 (1500) 707 (1500) 982 **141**166 232 (500) 37 85 302 36 38 45 421 533 50 (300) 671 758 939 **142**132 235 47 303 19 424 (300) 535 66 601 709 72 (500) 809 42 56 (3000) 92 922 (300) **143**058 130 333 61 606 13 922 31 46 **144**025 140 60 65 358 81 434 38 91 589 626 42 951 95 **145**067 102 69 308 50 465 737 93 822 **146**081 121 80 231 42 (1500) 311 30 40 405 (3000) 98 686 844 48 74 81 99 955 57 **147**016 140 338 506 70 613 23 72 **148**22 129 213 328 40 99 514 33 80 640 736 97 800 17 22 909 57 **149**007 (500) 33 307 72 462 799

150015 77 102 38 51 287 95 390 506 690 772 (300) 800 8 29 82 939 51 (500) **151**117 90 493 500 93 637 56 77 774 839 915 71 **152**017 73 266 317 32 667 94 831 40 77 944 84 **153**010 151 240 350 84 99 570 662 926 **154**046 77 (1500) 138 221 433 (500) 42 511 23 (1500) 41 63 634 91 828 35 **155**084 333 500 51 626 (300) 724 29 (3000) 57 903 **156**087 96 115 305 432 (300) 574 83 94 612 838 91 94 97 992 (500) **157**037 115 247 322 409 46 99 541 631 56 764 917 **158**274 378 730 93 806 970 **159**038 90 230 373 432 62 513 47 66 68 616 38 97 (1500) 764 (300) 846 69 905 10

160346 413 20 58 98 508 657 884 88 915 77 **161**194 431 67 537 651 66 742 53 851 **162**064 216 35 77 328 656 76 840 921 **163**039 87 92 121 260 328 (500) 452 554 616 37 (300) 79 756 892 908 (500) **164**158 84 202 (300) 10 597 753 864 902 11 18 (300) 90 **165**085 288 392 415 64 615 707 96 916 99 (500) **166**139 (500) 224 81 521 606 20 853 987 **167**023 216 335 457 576 708 71 867 922 24 **168**085 214 39 568 **169**067 137 201 16 388 566 621 715 49 863 984 95

170033 333 58 734 42 813 **171**130 230 349 542 55 622 829 31 33 **172**129 67 213 42 95 361 564 801 13 (500) 20 900 96 **173**165 94 216 314 434 93 540 (1500) 759 **174**127 310 (300) 57 (300) 578 618 729 86 95 **175**056 96 291 369 473 535 56 746 **176**329 40 427 63 522 781 870 80 944 45 **177**028 45 241 355 615 61 (1500) 877 **178**111 26 231 326 54 57 61 485 685 753 86 845 909 (300) 87 **179**159 80 212 326 413 36 61 92 546 839 914 90

180073 398 419 (300) 516 603 (1500) 46 **181**030 34 54 68 84 202 10 70 518 671 872 87 88 (3000) 99 932 **182**113 (300) 88 227 53 (1500) 330 67 450 534 608 743 947 **183**039 78 87 217 307 (300) 41 52 402 680 739 46 814 66 94 **184**047 123 33 (300) 78 373 420 64 568 91 703 871 81 **185**016 29 31 86 113 242 396 456 570 72 73 870 (3000) 972 **186**055 72 130 52 86 440 554 769 881 83 **187**000 121 353 55 467 92 538 923 33 77 **188**073 117 45 256 630 772 891 **189**199 304 18 44 70 71 528 708 847 919 (3000) 22

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.